

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Verwaltung: Amt Dresden Nr. 31302  
Zell.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Bank-Konto: Stadtkass. Dresden, Giralasse Blasewitz Nr. 608  
Post-Konto: Nr. 512 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsich, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederporsitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Verlag und Verlagsanstalt Hermann Deger & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erzheim täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, nur ein Viertel-Preissenkung. Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatlich M. 2.10, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich M. 2.20. Für Fälle d. d. Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Le-geldes. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden - Yorl. Bei unregelmäßiger Manuskripten ist Rücksicht beizufügen. Für Anzeigen, welche durch Fern-Druck aufgegeben werden, kann wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehmen.

Anzeigen werden die gezeichnete Petit-Zeile mit 25 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gezeichnete Zeile mit 100 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Bildvorrichtungen und schwierigen Satzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Anrechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Kontofür d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4  
91. Jahrgang

Nr. 102

Sonnabend/Sonntag, den 3./4. Mai

1930

## Der Gesundungs-Stat vor dem Reichstag

### Nervosität, Unsicherheit und Unklarheit als Kennzeichen der Lage

Der Deutsche Reichstag trat gestern wiederum in seine parlamentarischen Arbeiten ein. Er begann sie mit der ersten Beratung des Reichshaushalts 1930. Wie allgemein erwartet wurde, eröffnete Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer die Sitzung mit einer großen Rede.

### Moldenhauers Appell an die Abgeordneten

Der Finanzminister holte weit aus. Er begann mit den Reparationsverhandlungen, die den Reichshaushalt des letzten Jahres in verhängnisvoller Weise beeinflussten und ging dann zu einer sachlichen Darstellung unserer augenblicklichen Wirtschaftslage über. Wieder einmal hörte man:

was not tut: Kapitalbildung, Steuer-senkung, Staatsausgleich und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Den Zweiflern wird verkündet, daß das Auftreten eines neuen Fehlbeitrages im Haushaltsjahr 1930 nicht so gut wie ausgeschlossen ist. Mit Genugtuung wird die deutsche Wirtschaft vernommen, daß das Fundament für die Steuer-senkung im nächsten Jahre als gesichert angesehen werden kann. Auch über die Höhe der künftigen Steuer-senkungen machte der Minister Mitteilung. Sie wird sich auf

mindestens 600 Millionen Mark

beziffern. Aber auch schon in den nächsten Wochen soll der Wirtschaft unter die Arme gegriffen werden, denn das Reichsfinanzministerium arbeitet soeben eine Vorlage aus, durch die das Kabinett ermächtigt werden soll,

Maßnahmen zu ergreifen, die schon in nächster Zeit die Kapitalversorgung der deutschen Wirtschaft erleichtern.

Selbstverständlich sprach der Minister auch vom Finanzausgleich zwischen dem Reich und den Ländern, von den Gemeindesteuern, die einen beweglichen Faktor erhalten sollen und von der Verstärkung der Aufsicht des Reiches und der Länder über die Finanzgebarung der Gemeinden.

Eingehend kam der Minister sodann auf die Einnahme- und Ausgabeseite des neuen Reichshaushalts zu sprechen. Er hätte sich aber zunächst irgendeine Zahl zu nennen. Was die Einnahmen betrifft, so sollen die Fehler, die im letzten Jahre große Fehlbeiträge verschuldeten, vermieden werden.

Die entstandenen Fehlbeiträge im verflochtenen Reichshaushalt sind auf fünf Maßnahmen zurückzuführen:

1. unrichtige Schätzung auf der Ausgabe-seite bei der Haushaltsaufstellung, 2. das Auftreten von Ausgaben, die bei der Aufstellung nicht vorhersehbar waren, 3. die Umarbeitung des Haushaltsplanes 1929 durch den Reichstag, 4. das

### Zurückbleiben des Steuer-aufkommens hinter der Schätzung

und 5. den Ausfall der 120 Millionen Mark nach § 8 des Haushaltsgesetzes für 1929 als Folge der Zuweisung des den

Betrag von 1900 Millionen Mark übersteigenden Lohnsteuerauskommens an die knappschaftliche Pensionsversicherung und die Invalidenversicherung.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer teilt nicht die Befürchtungen, die in den letzten Tagen wiederholt ausgesprochen wurden, daß die Ausgestaltung des Ostprogramms den Staatsausgleich gefährden könnte.

Das Gleichgewicht im Reichshaushalt ist die gegebene Grenze für die Gestaltung des Osthilfengesetzes,

für das Maßnahmen in Frage kommen zur Umschuldung, Lastensenkung, Verkehrsförderung, Befestigung und Zieldung. Auch die Reform der Arbeitslosenversicherung soll nach den Wünschen der Reichsregierung noch vor den Sommerferien parlamentarisch verabschiedet werden. Mit einem warmen Appell an alle Parteien, den Reichshaushalt in Wäldern zu verabschieden, schloß der Minister, der für seine Ausführungen den Beifall der Regierungsparteien erhielt.

Rein stimmungsbildmäßig muß bemerkt werden, daß nicht einmal die Hälfte der Reichstagsabgeordneten die Rede des Ministers anhörte. Auch die Tribünen wiesen einen schwachen Besuch auf. Nahezu vollständig saßen nur die näheren Kreunde Dr. Moldenhauers von der Deutschen Volkspartei auf ihren Plätzen.

Von den deutschnationalen Abgeordneten fehlten gut 80 Prozent.

Von den Nationalsozialisten waren zeitweilig zwei, mitunter auch nicht ein einziger Abgeordneter im Saal. Dabei stand der Reichshaushalt 1930/31 zur Erörterung.

Unmittelbar im Anschluß an die Rede Moldenhauers begann die große politische Aussprache.

Abg. Vogel (Soz.) erklärt, die Bürgerblockregierung Brüning habe in der kurzen Zeit ihres Bestehens den Klassenkampf in ausgeprägtester Form gegen die Arbeiterenschaft geführt. Die Sozialdemokratie werde dieses Kabinett der sozialen Reaktion aufs schärfste bekämpfen.

### Das Zentrum lehnt den Panzerkreuzer ab

Abg. Erling (Z.) widerspricht der Behauptung des Vorredners.

Tatsächlich habe allein die Sozialdemokratie die Auflösung der letzten Koalition verschuldet.

Das Kabinett Brüning hat gezeigt, wie durch Anwendung aller verfassungsmäßigen Mittel sehr schnell eine Entscheidung des Parlamentes erreicht werden kann. Das Geschrei der sozialdemokratischen Presse über die Erhöhung der indirekten Steuern ist nicht ernst zu nehmen.

In den Ländern und Gemeinden mit roter Mehrheit werden die indirekten Steuern viel stärker angepannt.

Der Reichsratsbeschluss für den Panzerkreuzer B hat uns überrascht. Wir glauben, daß Beschlüsse von so weittragender Bedeutung nur vom Kabinett gefaßt werden sollten.

Wir lehnen den Reichsratsbeschluss ab, weil wir der Meinung sind, daß angesichts der großen Notlage gegenwärtig andere Aufgaben dringlicher sind.

Andererseits brauchen wir aber Arbeit für die Werkstätten in Kiel und Wilhelmshaven. Wir erlauben darum die Regierung um baldige Vorlegung eines allgemeinen Marinebauprogramms.

Abg. Dr. Cremer (DVP.) wirft der Sozialdemokratie vor, daß sie das Tisch-tuch zerhackt habe. Wenn das Steuer-

senkungsprogramm des Finanzministers zur Wirklichkeit werde, dann werde am 1. April nächsten Jahres die Mehrbelastung gegenüber dem 1. Oktober 1929 immer noch 700 Millionen betragen.

Das sei nicht die große Finanzreform, die die Deutsche Volkspartei erstrebe.

Bei allen diesen Maßnahmen handle es sich nur darum, einer künftigen organischen Finanzreform die Wege zu bereiten.

Der Bauhaushalt für den Panzerkreuzer B stimmte der Redner zu.

Die Weiterberatung wurde darauf am

abend vertagt.

## Beschlüsse des Reichskabinetts

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett hat in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning in Ausführung des von ihm geschlossenen Gesetzes zum Schutze der Landwirtschaft vom 15. April 1930 die Anträge des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft auf Neuregelung der Einfuhrschemine für Roggen, Gerste, Hafer und Erzeugnisse daraus sowie für Mälzerei-Erzeugnisse aus Weizen genehmigt.

Ferner sind die Einfuhrschemine für Schweine und Schweinefleisch geändert und für Rindvieh, Schafe und Fleisch daraus neue Einfuhrschemine geschaffen worden.

Bei der ganzen Regelung ist darauf Bedacht genommen, daß entsprechend dem vorstehend genannten Gesetz die Belastung der Reichskasse durch die Einfuhrschemine nicht über diejenige des Jahres 1929 hinausgeht. Die entsprechende Verordnung wird Anfang nächster Woche erlassen werden.

Das Reichskabinett hat den Entwurf eines Gesetzes über das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen und über den Beitritt der freien Stadt Danzig zu diesem Abkommen, der unverzüglich dem Reichsrat zugeleitet wird, verabschiedet.

## Der Umfang des Ostprogramms

In den Kreisen der pommerschen und mecklenburgischen Landwirtschaft ist große Beunruhigung darüber entstanden, daß nach den bisher bekannt gewordenen Absichten der Reichsregierung das Ostprogramm lediglich auf die Provinz Ostpreußen und die unmittelbar an die polnische Grenze stehenden Kreise der übrigen Ostprovinzen beschränkt werden soll.

Nach unseren Informationen beabsichtigt die Reichsregierung tatsächlich, das Ostprogramm nicht auf die gesamten Ostprovinzen auszudehnen. Einen wesentlichen Bestandteil des Ostprogramms

würde die Umschuldungsaktion bilden, die insgesamt innerhalb der nächsten fünf Jahre mit einem Aufwand von 300 Millionen Mark veranschlagt ist.

Allerdings soll die erste Rate nicht in diesem Jahre, sondern erst im Jahre 1931, und zwar in Höhe von 50 Millionen Mark flüssig gemacht werden. Später sollen die Raten etwas höher sein. Auch ist der Gedanke einer allgemeinen Zinsenkung für die östlichen Landestteile offenbar wieder aufgegeben worden. Ebenso ist die Regierung nicht gewillt, den Forderungen eines Proprietors für den Osten, wie er in deutschnationalen Anträgen zum Ausdruck gekommen ist, zu entsprechen.



Das neue Rathaus von Radebeul

Die alte Stadt Radebeul wohnt am 4. Mai ihr neues Rathaus ein. Das alte Rathaus brannte bekanntlich am 27. Dezember 1927 vollständig nieder. Das neue Rathaus ist nach den Entwürfen der Architekten Cremer und Graf gebaut worden.